I 001 IG Metall und Kolleginnen und Kollegen

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen

Aktionsplan für Integration und Chancengleichheit entwickeln

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die Integration von Migrantinnen und Migranten wird derzeit heftig diskutiert. Aktuelle Anlässe waren die Probleme an der Rütli-Schule in Berlin, die Debatte um Zwangsverheiratungen, die schulischen Leistungen von Kindern mit Migrationshintergrund oder auch die „Einbürgerungs- oder Gesinnungstests“ in Sachsen, Baden-Württemberg und Hessen.

Eine intensive und sachliche Debatte über die Integration und die Teilhabechancen ist, angesichts eines über 30 %-igen Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund in einigen Kommunen in Westdeutschland, längst überfällig. Zu lange haben Politik und Gesellschaft die mit der Einwanderungsgesellschaft verbundenen Chancen und Herausforderungen ignoriert. Das in Teilen der Bevölkerung und der Parteien bis heute noch vorhandene Dogma „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ hatte schwerwiegende negative Konsequenzen für die soziale Situation der Eingewanderten und ihrer Kinder.

Für den DGB steht fest: Migrantinnen und Migranten haben große Verdienste beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland erworben. Ihre Leistungen, das gilt auch für die von der ehemaligen DDR angeworbenen Vertragsarbeiter, tragen bis heute zur ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung unserer gemeinsamen Gesellschaft bei.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. mit Migrationshintergrund engagieren sich in den Gewerkschaften und bei Tarifauseinandersetzungen; sie sind als Vertrauensleute, Betriebs- und Personalräte oder als Ausbilder in den Betrieben aktiv tätig. In anderen Bereichen, beim Zugang zu Bildung und Arbeit sowie in Gesellschaft und Politik mangelt es dagegen an Chancengleichheit.

Der DGB begrüßt den Vorschlag der Bundeskanzlerin zur Durchführung eines Integrationsgipfels, zu dem auch Selbstorganisationen der Migranten eingeladen werden sollen. Die Agenda darf aber nicht verengt werden auf Forderungen ausschließlich an die Eingewanderten, z.B. die deutsche Sprache zu erlernen. Ungleich verteilte Chancen, rechtliche Benachteiligungen sowie Vorurteile in der Gesellschaft lassen vorhandene Anstrengungen scheitern und führen zur Ausgrenzung.

Die Integrationspolitik muss daher umfassend und als Querschnittsaufgabe verstanden werden und alle ökonomischen und gesellschaftliche Lebensbereiche einbeziehen. Darüber hinaus müssen auch rechtliche Integrationshemmnisse, wie sie beispielsweise im Hinblick die Gewährung von Aufenthaltsrechten bestehen, abgebaut werden. Der DGB unterstützt daher einen von Staat und Gesellschaft getragenen „Aktionsplan für Integration und Chancengleichheit“.

Nach Auffassung des 18. Ordentlichen DGB-Bundeskongress muss der „Aktionsplan für Integration und Chancengleichheit“ folgende Zielsetzungen und Handlungsfelder beinhalten:

1. Integration ist ein zweiseitiger Prozess

Der DGB ist überzeugt: Integration erfordert auf der einen Seite den Willen der Eingewanderten, die deutsche Sprache als Verkehrssprache zu erlernen und die im Grundgesetz verankerten humanistischen und politische Grundwerte anzuerkennen. Auf der anderen Seite müssen die Möglichkeiten zur Eingliederung geschaffen werden und die Bereitschaft zur Anerkennung der Vielfalt vorhanden sein. Ziel der Integration ist nicht Assimilation in eine vermeintlich vorhandene „Schicksalsgemeinschaft“, in der Eingewanderte möglichst unsichtbar leben. Ziel ist die Weiterentwicklung einer gemeinsamen und pluralen Gesellschaft, die allen Einwohnern, unabhängig von der Frage, ob jemand eingewandert ist oder nicht, gleiche Chancen zur Teilhabe in Gesellschaft, Bildung, Arbeitsleben und im sozialen Umfeld und bei politischen Entscheidungen bietet.

2. Integration braucht einen sicheren Aufenthaltsstatus

Voraussetzung für die Integration ist eine sichere Aufenthaltsperspektive und ein sicherer Aufenthaltsstatus, der einen gleichrangigen Zugang zum Beschäftigungssystem beinhaltet.

Immer noch leben in Deutschland knapp 200.000 geduldete ausländische Staatsangehörige, deren Aufenthalt alle

3 – 6 Monate verlängert werden muss. Mehr als die Hälfte leben bereits länger als 5 Jahre und rund 25 % länger als 10 Jahre in Deutschland. Die mit dem Zuwanderungsgesetz verbundene Zielsetzung der Abschaffung der Kettenduldungen konnte nicht erfüllt werden. Im Gegenteil, durch die Vielzahl von Widerrufen von Asylberechtigungen verlieren Flüchtlinge ihren Status. Ihnen blieb, da sie nicht abgeschoben werden dürfen, nur die Duldung. Aufgrund des neuen arbeitserlaubnisrechtlichen Verfahrens wurde den meisten Geduldeten die Arbeitserlaubnis entzogen, sie sind jetzt auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Betroffen sind auch Kinder von Geduldeten, die zwar eine Schule besuchen können, aber nur in Einzelfällen eine betriebliche Ausbildung beginnen dürfen.

Neben der Gruppe der Geduldeten ist der Status von Menschen mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis, z. B. aus humanitären Gründen, unsicher. Von den rund 6,7 Millionen ausländischen Staatsangehörigen hatte am Ende letzten Jahres ein Drittel keinen gesicherten Aufenthaltsstatus.

Der DGB fordert,

- eine Bleiberechtsregelung für alle ausländischen Staatsangehörigen, die bereits länger als 5 Jahre in Deutschland leben, unabhängig von ihrem Status und die Aufhebung der Widerrufspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge,
- einen Arbeitsmarktzugang für in Deutschland lebende ausländische Staatsangehörige nach einem Jahr Wartezeit und die Aufhebung der Arbeitsverbote für Geduldete.

3. Bildung und Ausbildung

Fast ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen in Westdeutschland stammen aus Familien mit Migrationshintergrund (ausländische Staatsangehörige, Eingebürgerte, Spätaussiedler). Fast 20 % der ausländischen Jugendlichen verlassen die Schule ohne Abschluss und fast die Hälfte (nur) mit einem Hauptschulabschluss.

Die Ergebnisse der PISA- und IGLU-Studien belegen: In keinem Industrieland ist der Bildungserfolg so stark vom sozialen Status der Eltern abhängig wie in Deutschland. Sichtbar wird dieser enge Zusammenhang bei Kindern aus Arbeiterfamilien oder von Arbeitslosen, von Spätaussiedlern und bei Kindern, deren Eltern oder Großeltern für einfache Tätigkeiten angeworben wurden. Die Ursachen für den mangelnden Erfolg sind weniger in der fehlenden Bildungsmotivation zu suchen, als vielmehr im unzureichenden Umgang mit kultureller Vielfalt und in dem Mangel, soziale Statusunterschiede auszugleichen.

Eine abgeschlossene Schulausbildung auf möglichst hohem Niveau gehört zu den wesentlichen Voraussetzungen für den Einstieg in den Beruf. Die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher nimmt seit Mitte der 90er Jahre kontinuierlich ab und liegt derzeit bei unter 30 %. Neben der unzureichenden Schulausbildung lassen sich aber auch ausländerrechtliche Hindernisse sowie Vorbehalte und Vorurteile gegenüber bestimmten Migrantengruppen als Gründe für diese Situation identifizieren.

Der DGB ist überzeugt, dass angesichts der sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung vorhandene Potentiale genutzt werden müssen und fordert daher

- den Bildungsauftrag des Kindergartens zu stärken, um insbesondere die Grundlagen für die Sprachentwicklung zu legen und allen Gruppen der Bevölkerung unabhängig von der sozialen Herkunft den Besuch eines kostenlosen Kindergartens zu ermöglichen,
- die individuelle Förderung im Bildungssystem auszubauen, unter anderem auch durch Ankerkennung und Unterstützung herkunftssprachlicher Kompetenzen und durch ein flächendeckendes Ganztagsangebot,
- neben der allgemeinen Verbesserung des Ausbildungsangebots, den Ausbau regionaler Netzwerke und die verstärkte Nutzung ausbildungsbegleitender Hilfen sowie die Förderung der Qualifizierung des Ausbildungspersonals und der Berufsschullehrer, und
- den gleichrangigen und unbeschränkten Zugang zur betrieblichen Berufsausbildung auch für ausländische Jugendliche, unabhängig von Aufenthaltsdauer und Status.

4. Integration braucht Sprache

Mit dem Zuwanderungsgesetz wurde erstmals der gesetzliche Anspruch zur Teilnahme an einem Integrationssprachkurs für einen Teil der Zugewanderten verankert. Neben den anspruchsberechtigten Neueinwanderern können auch EU-Bürger und bereits im Land lebende Migrantinnen und Migranten an den Kursen teilnehmen, sofern noch Kapazitäten vorhanden sind. Die rechtlichen und organisatorischen Vorgaben sowie die mangelnde finanzielle Ausstattung (2,05 € pro Stunde und Teilnehmer) verhindern aber vielfach ein differenziertes, den Vorkenntnissen entsprechendes qualifiziertes Angebot. Die extrem niedrigen Honorare der

Lehrkräfte stehen im Widerspruch zu den – mit Recht – hohen Anforderungen an deren Qualifikation.

Der Erwerb der deutschen Sprache ist kein einmaliger Akt, der nach 600 Stunden Sprachkurs abgeschlossen ist, sondern er muss ein Bestandteil des lebenslangen Lernens werden.

Der DGB fordert

- eine deutliche Verbesserung bei der Finanzierung und der Qualität der Sprachkurse; nicht verbrauchte Mittel dürfen nicht in den allgemeinen Haushalt zurück fließen,
- stärker als bisher lebensweltliche Inhalte und Alltagshilfen in die Integrations Sprachkurse mit einzubeziehen,
- den Ausbau niederschwelliger und zielgruppenspezifischer Angebote, z. B. für Eltern, die an den Kindergärten oder Schulen angesiedelt werden sollten,
- den Erhalt und Erweiterung fachsprachlicher Ausbildung im Rahmen der Angebote der Arbeitsförderung und in den berufsbildenden Schulen.

5. Integration und Einbürgerung

Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ist ein wichtiger Bestandteil des Integrationsprozesses und nicht dessen Abschluss; Ziel muss daher sein, möglichst viele bereits lange in Deutschland lebende ausländische Staatsangehörige von der Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit zu überzeugen. Es liegt im Interesse eines jeden Staates, möglichst alle seine Einwohner zu gleichberechtigten Staatsangehörigen zu machen, nur so kann eine dauerhafte Identifizierung mit den Grundwerten und demokratischen Entscheidungen erreicht werden.

Mit dem neuen, im Jahr 2000 in Kraft getretenen Staatsangehörigkeitsrecht wurde das alte aus dem Jahr 1913 stammende Recht erweitert. Geschaffen wurde die Möglichkeit, Kindern von lange in Deutschland lebenden Ausländern mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit zu verleihen. Ebenfalls eingeführt wurde ein Anspruch auf Einbürgerung unter klaren Voraussetzungen, zu denen unter anderem Aufenthaltsdauer, Sprachkenntnisse, Lebensunterhaltssicherung gehören.

Im Mai haben die Innenminister der Länder Verschärfungen bei der Einbürgerung vereinbart. Einbürgerungswillige sollen, unabhängig von ihren Kenntnissen aus Schule und Beruf einen verpflichtenden Test ablegen. Betroffen hiervon wären auch viele unserer schon lange in den Betrieben tätigen Kolleginnen und Kollegen. Darüber hinaus müssen sie an einem Staatsbürgerschaftskurs teilnehmen. Die Einigung der Innenminister ermöglicht, trotz der Erhöhung der Einbürgerungshürden, in jedem einzelnen Bundesland die bisherigen „Wissens- oder Gesinnungstests“ beizubehalten. Mit ihnen wird der Rechtsanspruch auf eine Einbürgerung ausgehöhlt und die Einbürgerung liegt im Ermessen der Behörden. Der Grundsatz des deutschen Rechtssystems, dass niemand wegen seines Glaubens oder der politischen Einstellung verurteilt werden darf, sondern nur wegen seiner Handlungen oder beweisbarer Tatsachen, muss auch für die Einbürgerung gelten.

Der DGB ist überzeugt, dass die Einbürgerung die Anerkennung und Akzeptanz der Rechtsnormen der Bundesrepublik Deutschland voraussetzt. Dies schließt ausdrücklich auch die im Grundgesetz verankerten Grund- und Menschenrechte mit ein.

Der DGB fordert

- die Schaffung bundeseinheitlicher Regelungen zur Einbürgerung statt einer Politik der Kleinstaaterei bei der jede Behörde eine eigene Einbürgerungspolitik machen kann,
- die Rücknahme der Verschärfungen beim Sprachnachweis; insbesondere für erste Generation sollten die Hürden abgesenkt werden,
- Einbürgerungskurse anzubieten, die zur aktiven Beteiligung am gesellschaftlichen Leben anregen; die Teilnahme muss auf freiwilliger Basis ermöglicht werden,
 - die Hinnahme der Mehrfachstaatsangehörigkeit, insbesondere für ältere Migrantinnen und Migranten und auf Basis gegenseitiger Anerkennung, und
 - die Bundesländer auf, ihre völkerrechtswidrige Praxis der „Gesinnungsüberprüfungen“ aufzugeben.

6. Integration braucht Gleichbehandlung

Trotz europarechtlicher Verpflichtung und Verurteilung durch den europäischen Gerichtshof konnte in Deutschland noch kein Gesetz zur Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung verabschiedet werden. Die Bundesregierung hat

vor einigen Wochen einen erneuten Vorschlag für ein „Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“ vorgelegt, dass in weiten Teilen die Vorgaben der EU-Richtlinien umsetzt.

Der DGB unterstützt ausdrücklich die Schaffung eines Nichtdiskriminierungs- und Gleichbehandlungsgesetzes, nach dem niemand wegen seiner sozialen oder ethnischen Herkunft, seiner Hautfarbe, seines Geschlechts oder der sexuellen Identität, der Religion, einer Behinderung oder des Alters diskriminiert werden darf. Das Gleichstellungsgebot muss für alle Lebensbereiche, für das Beschäftigungssystem, für die Bildung und für den Zugang zu Waren und Dienstleistungen gelten.

Eine offene Gesellschaft erfordert eine Politik der Gleichbehandlung, diese setzt auch – das zeigen betriebliche Beispiele – Potentiale bei den Beschäftigten frei und führt so zum wirtschaftlichen Erfolg. Daher muss die Verabschiedung des Gleichbehandlungsgesetzes durch politische Initiativen begleitet und die Umsetzung in Betrieb und Gesellschaft unterstützt werden.

Trotz weitergehender Forderungen setzt sich der DGB für eine möglichst umgehende Verabschiedung des „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes“ und für die Einrichtung von möglichst ortsnahen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ein. Zur Umsetzung des Gesetzes in Betrieb und Gesellschaft fordert der DGB die Bundesregierung auf, eine Kampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung zu initiieren.

I 002 Norbert Hocke und Kolleginnen und Kollegen

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen

Kürzung des Etats für Integrationskurse

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB wendet sich entschieden gegen die im Bundestag am 18. Mai 2006 beschlossene Kürzung des Etats für Integrationskurse um rund 67 Millionen Euro, die auch von der Opposition im Bundestag abgelehnt wird. Der DGB appelliert an die Bundesregierung, den zahlreichen Stellungnahmen von Trägern, Verbänden und Beschäftigten der Weiterbildung bis hin zur Migrationsbeauftragten, der Staatsministerin Böhmer, Rechnung zu tragen, dass Nachbesserungen bei den Integrationskursen dringend erforderlich sind und somit die veranschlagten 207 Millionen Euro eine Unterfinanzierung darstellen, umso mehr eine Reduktion auf 140 Millionen Euro. Der DGB fordert stattdessen einen Ausbau der Integrationskurse und eine zügige Umsetzung der nötigen Verbesserungen.

I 003 DGB-Bundesvorstand und Kolleginnen und Kollegen

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen

Rechtsextremismus nicht länger verdrängen und verharmlosen

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Gewalttätige Übergriffe von Rechtsextremisten sind heute kein Einzelfall mehr. Rechtsextremistisch motivierte Gewalt ist leider alltäglich. Der in dieser Woche veröffentlichte Verfassungsschutzbericht weist eine Zunahme rechtsextremistischer Gewalttaten von fast 20 Prozent aus. Die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten stieg von 10.000 in 2004 auf 10.400 in 2005. Ihre Organisationen und Gruppen müssen beobachtet und verboten werden. Es bedarf einer konsequenten und nachhaltigen Durchsetzung der Organisationsverbote.

Fast täglich wird rechtsextreme und nationalsozialistische Propaganda an Schulen verteilt, um Jugendliche für rechtsextreme Gruppen zu gewinnen. Rechtsextremistische Propagandadelikte haben im Vergleich zu 2004 im Jahr 2005 um mehr als 20 Prozent zugenommen. Sie müssen endlich konsequenter strafrechtlich geahndet werden. Dies kann nicht auf Deutschland beschränkt bleiben. Der DGB fordert die Bundesregierung auf, sich nachdrücklich im Europäischen Rat für die Verabschiedung eines Rahmenbeschlusses zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einzusetzen.

Rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen sind allerdings kein Randphänomen, sondern bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft verbreitet. Es darf nicht länger ignoriert oder verharmlost werden, dass Menschen Angst haben, sich zu bestimmten Tageszeiten in manchen Wohnvierteln oder Orten aufzuhalten!

Die Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen ist für den Deutschen Gewerkschaftsbund eine zentrale Aufgabe, die in allen Gesellschaftsbereichen konsequent und dauerhaft angegangen werden muss. Dies kann nicht allein Aufgabe der Polizei sein, sondern ist Verpflichtung aller demokratischen Kräfte. In den Kommunen müssen daher Verwaltung, Polizei, Kirchen, Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Organisationen verstärkt zusammenarbeiten. Die Arbeit örtlicher Bündnisse und Zusammenschlüsse muss stärker finanziell unterstützt werden. Der DGB kritisiert die zu geringe Ausstattung des für 2007 geplanten „Bundesprogramm zur Stärkung von Toleranz und Demokratie“. Nicht akzeptabel ist es, dass die bewährte Opferberatung und die mobilen Beratungsteams künftig nicht mehr gefördert werden sollen und Projekte zur Prävention wie z. B. Schule ohne Rassismus gefährdet sind.

Die deutschen Gewerkschaften setzen sich dafür ein, dass für alle Menschen unabhängig von Herkunft und Geschlecht gleichberechtigte Teilhabechancen in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt geschaffen werden. Dazu sind auch verstärkte betriebliche Maßnahmen für Gleichberechtigung erforderlich. Gewerkschaften und Betriebe sind Orte, in denen rechtsextreme Einstellungen und Verhaltenweisen bekämpft und Demokratie und Toleranz gefördert werden.

Der DGB fordert auch von den politisch Verantwortlichen ein klares Nein zu Rassismus und Diskriminierung in Sprache und Handeln. Nationalistische Töne haben in demokratischen Parlamenten nichts zu suchen.

I 004 DGB-Bundesvorstand und Kolleginnen und Kollegen

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen; dadurch erledigt D 008, D 009, D 010 und F 007

Niedriglohnbereich: Lösungen aus gewerkschaftlicher Sicht

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die Delegierten des 18. Ordentlichen Bundeskongresses sehen in der bisher ungebremsen Ausweitung des Niedriglohnbereichs eine große Gefahr für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, die Einkommens- und Beschäftigungssituation sowie die Lage der öffentlichen Haushalte. Die in der Politik geführte Diskussion um eine weitere Absenkung des ALG II-Niveaus gehen in die falsche Richtung: Sie machen Druck auf die Einkommen von Arbeitslosen und Beschäftigten. Dadurch können die Probleme der Massenarbeitslosigkeit keinesfalls gelöst werden. Im Gegenteil: Bei einer flächendeckenden Ausweitung des Niedriglohnbereichs ist mit einem weiteren Verlust an Binnenkaufkraft zu rechnen. Dies wirkt sich wiederum negativ auf die Beschäftigungssituation vor allem für Dienstleistungen und Inlandsproduktionen sowie die Einnahmen des Staatshaushaltes aus. Deshalb muss der Niedriglohnbereich deutlich eingedämmt, seine Verfestigung vermieden und seine negativen Rückwirkungen auf die Beschäftigungs-, Finanz- und Einkommenssituation ausgeschlossen werden.

Um diese Ziele zu erreichen, beschließen die Delegierten des 18. Ordentlichen Bundeskongresses folgende Maßnahmen:

Von der Arbeit muss man leben können!

Um Armutslöhne zu bekämpfen, sind tarifvertragliche Lösungen vorzuziehen und durch gesetzliche Maßnahmen abzusichern.

Der DGB fordert eine gesetzliche Regelung, die ein branchenbezogenes Mindestentgelt auf der Grundlage von Tarifverträgen ermöglicht. Das jeweilige unterste Tarifentgelt ist dafür die Grundlage und unterste Grenze, die einen vom Gesetzgeber fixierten notwendigen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn nicht unterschreiten darf. Sollten Tarifentgelte unterhalb dieses Niveaus liegen oder in der Branche keine Tarifverträge greifen, gilt der gesetzliche Mindestlohn als unterste Grenze. Als Einstieg sind dafür 7,50 € pro Stunde vorzuschreiben. Die effektive Kontrolle und Durchsetzung muss gewährleistet sein.

Zur Stärkung der Tarifautonomie und der Einführung gesetzlicher Mindestentgelte gehören mindestens:

- Die Erleichterung der Voraussetzungen zur Erteilung der Allgemeinverbindlicherklärung.
- Die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche.
- Eine gesetzliche Regelung, die das unterste Tarifentgelt in der jeweiligen Branche als Mindestentgelt sichert.
- Die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns.

Spezifische Integrationsmaßnahmen statt Kombilohn zur Ausweitung des Niedriglohnbereichs

Eine flächendeckende Einführung von Kombilöhnen zur Förderung und Ausweitung eines Niedriglohnbereichs als beschäftigungspolitisches Instrument wird abgelehnt. Der DGB und seine Gewerkschaften unterstützen allerdings spezifische Kombinationen von Arbeitseinkommen und Transfereinkommen, um Langzeitarbeitslose und andere Personengruppen mit Problemen auf dem Arbeitsmarkt einzugliedern. Die Förderung dieser spezifischen Integrationsmaßnahmen muss so ausgestaltet sein, dass sie sozial-, tarif- und beschäftigungspolitischen Zielen gerecht wird. Dies umfasst eine sozialversicherungspflichtige, auf tarifvertraglichem Niveau entlohnte Beschäftigung, die möglichst zu einer Dauerbeschäftigung führt und einen Weg aus dem Niedriglohnbereich eröffnet.

Gleichbehandlung von Mini- und Midijobs

Die Delegierten fordern bis auf eine Bagatellgrenze alle Arbeitsverhältnisse gleichbehandeln und dafür wirksamere Kontrollen ein- und durchführen zu lassen. In einem allerersten Schritt muss die Erhöhung der Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung bei Mini-Jobs auf den für reguläre Beschäftigung geltenden Satz erfolgen sowie die Überwälzung der Steuerlast auf den Arbeitnehmer unterbunden werden. Neben einer Hauptbeschäftigung

ausgeübte Mini-Jobs sollen voll der Steuer- und Abgabepflicht unterliegen. Auch Midi-Jobs sind zukünftig steuer- und sozialversicherungsrechtlich mit „normalen“ Arbeitsverhältnissen gleichzusetzen.

I 005 ver.di und Kolleginnen und Kollegen

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen**Bessere Grundsicherung und Förderung - statt Optimierung der Verarmung von Erwerbslosen und ihren Familien -**

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Mit einem weiteren Spar-Gesetz wollen Bundesregierung, Bundesländer und Kommunen erneut bei den Erwerbslosen und ihren Familien ansetzen. Durch die Fortentwicklung des SGB II werden Sparpotentiale in Milliardenhöhe unter anderem gesehen:

- bei Familien, Kindern und Pflegekindern,
- bei Personen, die in einer Wohnung zusammenleben,
- bei kleinen Ersparnissen und Umzügen,
- durch mehr Kontrollen und Sanktionen,
- durch Abschreckung von neuen Antragsstellern.

Politiker und Unternehmensverbände klagen über zu hohe Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit, insbesondere des Arbeitslosengelds II. Den Mehrausgaben in diesem Bereich (ca. 2,5 Mrd. Euro in 2006) werden jedoch Einsparungen im Alg I - Bereich (BA) von ca. 4,5 Mrd. Euro gegenüberstehen, die zur Senkung der Arbeitslosenversicherung um einen Prozentpunkt genutzt werden sollen.

Mit dem 3. Änderungsgesetz zum Alg II – als „Fortentwicklungsgesetz“ bezeichnet – soll Arbeitsbereitschaft u. a. dadurch geprüft werden, dass kurzfristig die Zuweisung einer Arbeitsgelegenheit bzw. einer Trainingsmaßnahme erfolgen soll. Arbeitsbereitschaft „testen“ zu wollen für Arbeitsplätze, die es nicht gibt und Qualifizierung als Sanktion zu begreifen, hält der DGB für eine Fehlentwicklung, nicht für eine Fortentwicklung. Die Ausweitung von Kontrollen und die Verschärfung von Sanktionen bringen auch keine neuen Arbeitsplätze. Leistungskürzungen bei Pflegekindern, Kinderfreibeträgen und Umzugskosten verschlechtern die Lebenssituation von Alg II - BezieherInnen und ihren Familien.

Unternehmensverbände, Wirtschaftsberater, FDP, CSU- und CDU-Mittelstandsvereinigung möchten das Alg II um 30 % kürzen, während sie einen Mindestlohn ebenso ablehnen wie die Einführung einer Vermögenssteuer und gegen die Reichensteuer sogar vor das Bundesverfassungsgericht ziehen wollen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, Arbeitsmarktpolitik nicht weiterhin durch Leistungskürzung, Sanktionierung und Diffamierung erwerbsloser Menschen zu gestalten, sondern durch öffentlich geförderte Beschäftigung und durch Förder- und Qualifizierungsangebote eine Optimierung zu betreiben, die diesen Namen auch verdient.

I 006 Norbert Hocke und Kolleginnen und Kollegen

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen als Material zu Antrag H 001

Für eine gerechte und solidarische Gesundheitspolitik

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

1. Der DGB-Bundeskongress fordert Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat auf, bei der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung sicherzustellen, dass auch in Zukunft gilt: Jeder muss die notwendigen Leistungen erhalten, die er braucht. Jeder muss sich an der Finanzierung nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beteiligen. Daher fordert der DGB-Bundeskongress:

- Die solidarische Finanzierung muss erweitert werden (Bürgerversicherung).
- Angesichts der sinkenden Lohnquote müssen künftig auch Zins- und Kapitaleinkünfte zur Finanzierung herangezogen werden.
- Die gesetzliche Krankenversicherung muss von der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Leistungen entlastet werden. Dazu sind Bundeszahlungen notwendig.
- Die von der Bundesregierung vorgesehenen finanziellen Belastungen der gesetzlichen Krankenversicherung, um andere Sozialkassen – insbesondere die Arbeitslosenversicherung – zu entlasten, müssen zurückgenommen werden.
- Die Arbeitgeber müssen sich paritätisch an der Finanzierung der gesamten Gesundheitsausgaben beteiligen. Schließlich haben sie die Verantwortung für die gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit. Der DGB lehnt das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge entschieden ab.
- Die staatsferne und versichertennahe soziale Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung muss gewährleistet bleiben.
- Die Privatversicherten müssen in Zukunft am Risikostrukturausgleich (RSA) teilnehmen. Der bisherige RSA ist noch in dieser Legislatur zu einem krankheitsbezogenen Ausgleich (Morbi-RSA) umzugestalten.

2. Der DGB-Bundeskongress lehnt Kopfpauschalen, in welcher Höhe auch immer, ab. Sie benachteiligen Familien und Menschen mit geringem Einkommen. Zudem würden allein den Arbeitnehmern steigende Gesundheitskosten aufgebürdet.

3. Der DGB-Bundeskongress erwartet Antworten auf die drängenden Fragen im Gesundheitswesen. Daher hat die Verbesserung der Qualität von Gesundheitsleistungen für alle Vorrang – zu Beiträgen, die sich jeder leisten kann. Wir brauchen eine große Strukturreform. Der Zugang zur ambulanten fachärztlichen Behandlung im Krankenhaus muss für alle Versicherten ermöglicht werden. Neue Arzneimittel müssen einer Kosten/Nutzen-Bewertung unterzogen werden.

4. Der DGB-Bundeskongress fordert den DGB-Bundesvorstand auf, in geeigneten Aktivitäten den Forderungen zur Gesundheitspolitik Nachdruck zu verleihen.

I 007 ver.di und Kolleginnen und Kollegen

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen als Material zu Antrag H 001

Zur Organisationsreform der gesetzlichen Unfallversicherung

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die gesetzliche Unfallversicherung stellt sich dem gesellschaftlichen Wandel

Auf die gesetzliche Unfallversicherung kommen erhebliche Veränderungen zu.

Das Reformkonzept sieht laut Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD für die GUV eine Straffung der Organisation, die Schaffung leistungsfähiger Unfallversicherungsträger und ein zielgenaueres Leistungsrecht vor.

Der DGB-Bundeskongress ist der Auffassung, dass sich das deutsche System der gesetzlichen Unfallversicherung grundsätzlich bewährt hat. Es ist trotz gestiegener Leistungen der einzige Zweig der Sozialversicherung mit konstanten Umlagesätzen, weil die Unfallzahlen kontinuierlich gesenkt werden konnten.

Bewährt haben sich insbesondere die folgenden Prinzipien:

- die Einheit aus Prävention (einschließlich Überwachung), Rehabilitation und Entschädigung,
- der Auftrag des SGB VII, Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren „mit allen geeigneten Mitteln“ zu verhüten und im Leistungsfall die Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Versicherten „mit allen geeigneten Mitteln“ wiederherzustellen,
- die kollektive Ablösung der Unternehmerhaftung,
- und damit auch das umlagefinanzierte Solidarsystem,
- das Branchenprinzip der gewerblichen Berufsgenossenschaften bzw. das Regionalprinzip der öffentlichen Unfallversicherungsträger,
- die paritätische Selbstverwaltung mit Vorstand und Vertreterversammlung.

Er fordert

- die Kosten für Wegeunfälle und Berufskrankheiten nicht auf die GKV und RV zu verlagern
- Beibehaltung der Schüler-Unfallversicherung
- Ausbau und Fortentwicklung des weltweit vorbildlichen Systems von Prävention und Arbeitsschutz im dualen System durch vorbeugende Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.

Die Diskussion zur Organisationsstruktur der Unfallversicherungsträger muss vor allem unter dem Aspekt der Leistungsfähigkeit und Zukunftsfestigkeit des Systems der gesetzlichen Unfallversicherung geführt werden. Verbesserte Kooperation und Zusammenarbeit zur Erhöhung des Dienstleistungsstandards auf der Basis von Beschlüssen der Selbstverwaltung sind zu begrüßen. Aktionismus mit dem vorrangigen Ziel der Reduzierung der Zahl der Träger wäre hierbei kontraproduktiv.

Entsprechendes gilt für die Spitzenverbände. Ausgliederungs-, Verselbstständigungs- und Privatisierungsbestrebungen treten wir energisch entgegen.

Bereits vollzogene Maßnahmen, speziell in den BG-Kliniken und in der EDV, müssen auf Personalverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit unter Einbeziehung der Kosten der Vielzahl vorhandener Trägervereine überprüft werden. Insgesamt hat sich die Zusammenarbeit der UV-Träger mit den staatlichen Arbeitsschutzbehörden im Rahmen des Dualen Arbeitsschutzsystems bewährt. Der DGB-Bundeskongress fordert eine weitere Verbesserung dieser Zusammenarbeit, um die vorhandenen Ressourcen möglichst effektiv zu nutzen. Im Bereich der gewerblichen Berufsgenossenschaften ist hierfür das Instrument des § 21(3) ArbSchG unter Beteiligung der Sozialpartner auszuweiten. Im Bereich der öffentlichen UV-Träger muss eine abgestimmte Betreuung der versicherten

Arbeitnehmer und der Beamten sichergestellt werden.

Für die Beschäftigten in der gesetzlichen Unfallversicherung müssen alle geplanten Maßnahmen tariflich und beamtenrechtlich sozialverträglich gestaltet werden. Hierzu gehört insbesondere der Abschluss von verbesserten Tarifverträgen zur Beschäftigungssicherung.

I 008 Helmut Momann und Kolleginnen und Kollegen

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen als Material zu Antrag H 001

Eine andere Politik ist möglich – auch bei RentnerInnen

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert

- regelmäßig in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass die gesetzlichen Renten weiterhin einen wichtigen Anteil im Altersversorgungssystem haben müssen;
- innerhalb der SeniorInnengruppen des DGB's und der DGB-Gewerkschaften eine Protestpostkartenaktion an die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen gegen die von ihnen verfolgte Rentenpolitik zu organisieren.

I 009 Walter Vogt und Kolleginnen und Kollegen

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen als Material zu Antrag H 001

Für wirksame Aktivitäten gegen „Rente mit 67“ und für gewerkschaftliche Alternativen!

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

1. Zum Kabinettsbeschluss, die Regel-Rentenalterseintrittsgrenze auf 67 Jahre anzuheben, erklärt der DGB-Bundeskongress: Der DGB-Bundeskongress lehnt die Rente mit 67 ab; dies gilt analog für die Pensionen. Diese Maßnahme ist eine verkappte Renten- und Pensionssenkung, sie führt zu zusätzlichem Gesundheitsverschleiß und erhöht die Arbeitslosigkeit.
2. Der DGB-Bundeskongress verkennt nicht, dass die Änderungen in der Altersstruktur Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme haben. Diese werden in der öffentlichen Debatte aber zum Teil dramatisiert, um weiteren Sozialabbau zu legitimieren. Der DGB und seine Gewerkschaften sind überzeugt, dass die Auswirkungen demographischer Veränderungen solidarisch bewältigt werden können.

Die Minderung der Arbeitslosigkeit, die Steigerung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sowie die Höhe der sozialversicherungspflichtigen Einkommen sind die Stellschrauben für eine solidarische Alterungssicherungspolitik. Die Probleme können und müssen durch eine die Beschäftigung steigernde Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik gelöst werden.
3. Der Bundeskongress fordert:
 - die Renten- und Pensionsaltersgrenze nicht anzuheben,
 - die Altersteilzeit beizubehalten oder eine vergleichbare Regelung zu schaffen,
 - die Regelungen zum abschlagsfreien Rentenzugang zu verbessern (der von der Bundesregierung vorgeschlagene abschlagsfreie Rentenzugang mit 65 Jahren nach 45 Versicherungsjahren reicht nicht aus und benachteiligt vor allem Frauen),
 - die Erwerbsminderungsrenten zu verbessern (erleichterter Zugang, Wegfall bisheriger Abschläge bei Inanspruchnahme vor dem 63. Lebensjahr),
 - flexible und unstete Erwerbsbiographien besser abzusichern sowie
 - zu gewährleisten, dass Arbeitslose sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringem Einkommen besser als bisher gegen Armut im Alter geschützt werden.
4. Der DGB-Bundeskongress bekräftigt den Beschluss des DGB-Bundesvorstandes vom 2. Mai 2006, ein gesellschaftliches Bündnis gegen die Rente mit 67 zu schaffen und gewerkschaftliche Aktivitäten zur Zukunft der sozialen Sicherung zu starten. Es sind alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis die Auseinandersetzung öffentlichkeitswirksam (z. B. bundesweite Demonstrationen) zuzuspitzen.

I 010 ver.di und Kolleginnen und Kollegen

Beschluss des DGB-Kongresses:
Angenommen

Durchsetzung sozialer Rechte gewährleisten

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Zahlreiche Gesetzesänderungen, die auch Einschnitte in das Leistungsrecht unserer Sozialversicherungssysteme nach sich zogen, insbesondere die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Änderungen durch die Hartz-Gesetze haben dazu geführt, dass die Anzahl der sozialgerichtlichen Verfahren zugenommen hat. Nunmehr liegen Gesetzentwürfe vor, wodurch auch die Durchsetzung der sozialen Rechte beschnitten werden sollen. Die Justizministerinnen und Justizminister der Länder erneuerten ihre diesbezüglichen Beschlüsse und beraten Anfang Juni 2006 über die Vereinheitlichung der Verfahrensordnungen. Der Bundesrat hat sich die Ergebnisse der Beschlüsse zu Eigen gemacht und entsprechende Gesetzesvorhaben beschlossen. Der Bundestag muss sich damit demnächst befassen.

Die Vorhaben sehen im Einzelnen vor:

- Die Gebührenfreiheit in der Sozialgerichtsbarkeit für Versicherte, Leistungsberechtigte und Behinderte soll beseitigt werden.
- Den Bundesländern soll die Wahlmöglichkeit eingeräumt werden, Gerichte der selbständigen Sozialgerichtsbarkeit mit Gerichten der Verwaltungs- oder der Finanzgerichtsbarkeit zusammenlegen zu können.
- Die Verfahrensordnungen der Fachgerichtsbarkeit sollen angeglichen – oder sogar vollkommen beseitigt – und spezielle fachbezogene Vorschriften abgeschafft werden.

Die Delegierten des 18. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses bewerten die Vorhaben wie folgt:

Mit der Einführung von Gerichtsgebühren wird eine generelle Zugangsbarriere zu den Sozialgerichten geschaffen. Es wird damit verhindert, dass Ansprüche auf Sozialleistungen ausgeschöpft werden, die in vielen Fällen durch eigene Beiträge „vorfinanziert“ wurden. Die Aufgabe der eigenständigen Fachgerichtsbarkeiten und die Schaffung einer einheitlichen Verfahrensordnung haben den Verlust der Spezialisierung zur Folge und stehen damit im Widerspruch zu der andernorts zunehmenden Spezialisierung. Alle drei Ansätze zielen darauf ab, spezifische Belange zu Gunsten einer Generalisierung hintenan zu stellen.

Die Vorhaben treffen insbesondere diejenigen, die durch Arbeitslosigkeit, Alter, Krankheit und Behinderung benachteiligt sind, und damit auch die finanzielle Schwachen

Es werden zusätzliche Hürden zur Durchsetzung der sozialen Rechte aufgebaut und zusätzliche Bürokratien geschaffen. Die unterschiedliche – da optional möglich – Gliederung der Gerichte auf Länderebene bedeutet weniger Transparenz für die Rechtsuchenden. Die Aufgabe der fachbezogenen Spezialisierung durch die Zusammenlegung der Gerichtsbarkeiten wird sich auch nachteilig auf die Verfahrensdauer auswirken. Durch den zu erwartenden Personalabbau verringern sich zudem die personellen und zeitlichen Kapazitäten, die gerade bei der Aufklärung von medizinischen Fragen der Kranken und Behinderten benötigt werden.

Die Delegierten des 18. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses wenden sich gegen diese Vorhaben und fordern den DGB und seine Gewerkschaften auf, entschiedenen Widerstand zu leisten gegen den Abbau von Rechten. Der soziale Rechtsstaat muss erhalten, die Durchsetzung sozialer Rechte gewährleistet bleiben. Die Eigenständigkeit der Fachgerichtsbarkeiten und das gebührenfreie sozialgerichtliche Verfahren müssen erhalten bleiben.

I 011 **GEW und Kolleginnen und Kollegen**

Beschluss des DGB-Kongresses:
Angenommen

"Die Würde des Menschen ist unantastbar" - ALLE MITNEHMEN - KEINE/N ZURÜCKKLASSEN - NIEMANDEN AUSGRENZEN

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Auf Grund der aktuellen Ereignisse an Berliner Hauptschulen sowie des beabsichtigten Integrationsgipfels der Bundesregierung möge der DGB-Bundeskongress beschließen:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

ALLE MITNEHMEN – KEINE/N ZURÜCKKLASSEN – NIEMANDEN AUSGRENZEN

Der öffentliche Hilferuf der Rütli-Hauptschule in Berlin ist die Spitze eines Eisbergs. Wie im Brennglas werden die gravierenden Probleme unserer selektiven Schulstruktur, einer verfehlten Einwanderungspolitik, einer die Integration behindernden Stadtentwicklungsplanung und der Ausbildungsplatzmisere sichtbar.

1. Seit Jahren wenden sich immer wieder Kolleginnen und Kollegen oder sogar komplette Schulkollegien an die Öffentlichkeit, um auf die unhaltbare Situation aufmerksam zu machen. An mancher Berliner Hauptschule erhält seit Jahren kaum eine Schulabgängerin oder Schulabgänger einen Ausbildungsplatz. Die Chancen für junge Menschen aus sozial benachteiligten Schichten, in unserer Gesellschaft Fuß zu fassen und eine qualifizierte Berufsausbildung zu erhalten, schwinden zusehends. Besonders stark sind Jugendliche mit Migrationshintergrund betroffen.

Die Aussicht von Jugendlichen auf ein selbst bestimmtes und selbst verantwortetes Leben mit einer befriedigenden beruflichen Tätigkeit ist der beste Schutz vor Gewaltbereitschaft, Resignation, Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit. Eines der größten Probleme ist, dass insbesondere SchülerInnen mit schulischen Misserfolgen häufig keinen beruflichen Ausbildungsplatz finden, in Warteschleifen ihre Berufsschulpflicht erfüllen, ohne ihre Chancen auf Ausbildung zu verbessern und anschließend zwischen befristeten und prekären Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitslosigkeit pendeln oder in kriminelle Milieus abgleiten.

Perspektivlosigkeit erzeugt Resignation und Aggression.

Nur etwas mehr als 60 Prozent der 18 bis 21-Jährigen haben einen betrieblichen Ausbildungsplatz, bei den eingewanderten Jugendlichen ohne deutschen Pass sind es unter 30 Prozent. Deutschlandweit werden für 100 Bewerber durchschnittlich nur ca. 85 Ausbildungsplätze angeboten (Brandenburg ca. 50, Saarland ca. 115). Die Aussicht auf eine Lebens- und Berufsperspektive, die sich nur auf Hartz IV gründen kann, führt häufig frühzeitig zu der resignativen Haltung, Schule und Anstrengung „bringe doch nichts“. Auch die „zweite Chance“ erreicht diejenigen, die sie besonders brauchen, am seltensten. Weniger als ein Fünftel der Menschen ohne beruflichen Abschluss befinden sich in beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen, während es bei Hochschulabsolventen über 60 Prozent sind. Die drastische Kürzungspolitik der Bundesagentur für Arbeit bei den Qualifizierungsmaßnahmen trifft die ohnedies benachteiligten Menschen ohne Berufsabschluss besonders hart.

Wir fordern nicht nur ein Recht auf allgemeine Bildung, sondern auch ein Recht auf eine berufliche Ausbildung. Schülerinnen und Schüler mit besonderen Problemen, sei es auf Grund ihrer sozialen und ethnischen Herkunft oder wegen einer Behinderung, haben einen besonderen Anspruch auf gesellschaftliche Zuwendung und Unterstützung. Wenn im Rahmen der betrieblichen dualen Ausbildung nicht ausreichend qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, muss die voll qualifizierende Ausbildung – je nach Zielgruppe und Branche - in beruflichen Schulen und außerbetrieblichen Lernorten ausgeweitet und diese mit einer angemessenen Ausbildungsvergütung versehen werden. Zudem brauchen gerade Jugendliche mit erfolglosen Schulkarrieren „eine zweite Chance“. Zur Deckung der entstehenden Kosten ist eine modifizierte Form der Ausbildungsplatzumlage einzusetzen.

2. Die allgemeinbildenden Schulen sind auf die verschärfte soziale Problemlage ihrer SchülerInnen nur unzureichend vorbereitet. Lehrkräfte mit besonders schwierigen Aufgaben brauchen besondere Kompetenzen und Qualifikationen sowie besondere gesellschaftliche Anerkennung. Gerade Lehrerinnen und Lehrer an Haupt- und Sonderschulen für Lernbehinderte fühlen sich allzu oft allein gelassen und überfordert. Viele von Politik und Gesellschaft erzeugte Probleme werden den Lehrkräften aufgebürdet, ohne ihnen die Mittel und Möglichkeiten an die Hand zu geben, sie zu bearbeiten. Die demotivierende Jugendarbeitslosigkeit zum Beispiel können Lehrkräfte

ebenso wenig beseitigen wie sie das Problem resignierter und überforderter Eltern lösen können. Gerade Lehrkräfte in den hoch belasteten Schulen leiden zudem an ihrer vergleichsweise hohen Unterrichtsverpflichtung sowie an dem Umstand, dass der Lehrernachwuchs die Hauptschulen weitgehend meidet, so dass in vielen Fächern mittlerweile ausgebildete Lehrkräfte fehlen. Hinzu kommt, dass Lehrkräfte die Probleme nicht alleine bewältigen können.

Für Lehrkräfte mit besonders schwierigen Aufgaben verlangen wir besondere Unterstützung. Es kommt einem Skandal gleich, dass Lehrerinnen und Lehrer an Hauptschulen in vielen Bundesländern eine höhere Unterrichtsverpflichtung und eine sehr viel geringere Bezahlung als Lehrkräfte an Gymnasien haben. Wir wollen eine aufgabengerechte Aus- und Fortbildung aller Lehrkräfte, die den besonderen Anforderungen leistungs- und ethnisch gemischter Lerngruppen entspricht; dazu gehört die obligatorische Ausbildung der Lehrkräfte in Deutsch als Zweitsprache; wir wollen angemessene Arbeits- und Erholungszeiten, aktiven Gesundheitsschutz sowie Kenntnisse in Konflikt- und Gewaltprävention. Wir fordern zudem Schritt für Schritt den Aufbau interdisziplinär arbeitender Teams, bestehend aus ErzieherInnen, SozialpädagogInnen, SozialarbeiterInnen und LehrerInnen.

Für Schulen in Not - z.B. Rütli-Schule - unterstützen wir die Forderungen der Berliner Kolleginnen und Kollegen nach

- besserer personeller Ausstattung der Schulen in sozial belasteten Wohnbezirken (Doppelbesetzung),
- Klassenfrequenzen in den Hauptschulen mit einer Obergrenze von 18 Schülerinnen und Schülern,
- Schulsozialarbeit an allen Schulen
- Ressourcen für eine verbindliche Elternarbeit.

3. Nur noch ca. 22 Prozent eines Schülerjahrgangs besuchen durchschnittlich in Deutschland eine Hauptschule. Die Spannweite reicht von 39 Prozent in Bayern bis 11 Prozent in Berlin. Bereits vor 10 Jahren hat ein großer Teil der Berliner Hauptschulleiter/innen gefordert, den Hauptschulzweig aufzulösen. Allen ist klar, dass perspektivlose Jugendliche schwer zu motivieren sind, Schule als einen Lern- und Lebensort zu akzeptieren.

In unserem hierarchisch gegliederten Schulsystem konzentrieren sich in den Hauptschulen und an den Sonderschulen für Lernbehinderte Jugendliche mit vielfältigen und sehr unterschiedlichen Problemen. Die Behauptung konservativer Bildungspolitikern, wenn man diese Problem beladenen Jugendlichen in eigenen Schulen und Klassen zusammenfasse, könnten sie „begabungsgerecht“ gefördert werden, ist wissenschaftlich vielfach widerlegt und kann nur noch als ideologisch verblendet oder zynisch bewertet werden.

Die PISA-Studien haben gezeigt, dass das spezifische Milieu der Haupt- und Sonderschulen für Lernbehinderte zu einer doppelten Benachteiligung der jungen Leute führt. An Hauptschulen geraten sie gegenüber gleich intelligenten Mitschülern mit gleichem sozialen Hintergrund bis zum Ende der Schulzeit um rund eineinhalb Schuljahre in Rückstand. An Sonderschulen ist der Rückstand noch weit größer. Die Gesellschaft nimmt dies bislang in Kauf, um Gymnasien und Realschulen von diesen Jugendlichen zu entlasten und bereits in frühem Alter Lebens- und Berufschancen zuzuteilen. Das traditionelle Schulsystem grenzt systematisch aus und verstärkt damit Resignation und Gewaltbereitschaft in der unteren Hälfte der Gesellschaft.

Wir fordern eine personelle Verstärkung in den ersten Schuljahren, um alle Kinder entsprechend ihrer individuellen Voraussetzungen fördern und fördern zu können. Wir fordern die Überwindung der frühen Selektion. Kinder und Jugendliche sollen wie in anderen Ländern bis zum Ende der Pflichtschulzeit gemeinsam miteinander und voneinander lernen und dabei individuell gefördert werden. Wir sind uns bewusst, dass dieser Prozess nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen ist. Umso wichtiger ist, dass parteienübergreifend endlich eine Verständigung über das Ziel eines integrativen Schulwesens hergestellt und mit der Planung geeigneter Umsetzungsschritte begonnen wird. Wir fordern daher zu einem gesamtgesellschaftlichen Bildungsdialog auf, an dem sich alle gesellschaftlichen Kräfte beteiligen sollen und können, um die nötige Kraft und gesellschaftliche Zustimmung gewinnen zu können.

4. Das deutsche Schulwesen spiegelt und reproduziert eine Klassengesellschaft. An Hauptschulen werden Kinder und Jugendliche aus bildungsarmen Elternhäusern konzentriert. Ca. 45 Prozent der Jugendlichen kommen aus dem unteren Viertel der Sozialschicht, mehr als 75 Prozent aus der unteren Hälfte, während es an Gymnasien im Durchschnitt nur knapp 6 Prozent aus dem unteren Viertel sind (Spannweite zwischen 13 Prozent in Berlin und weniger als 5 Prozent in Schleswig-Holstein). Über 80 Prozent der SchülerInnen an Gymnasien kommen aus der oberen Hälfte der Sozialschicht.

Ca. 50 Prozent der HauptschülerInnen und nahezu 100 Prozent der SchülerInnen an Sonderschulen für Lernbehinderte zählen nach der Definition der PISA-Forscher zur sog. „Risikogruppe“, deren Kompetenzen als nicht ausreichend für eine qualifizierte berufliche Ausbildung erachtet werden. Mehr als 60 % der Fünfzehnjährigen an Hauptschulen haben in ihrer bisherigen Schulkarriere mindestens einen schulischen Misserfolg erlebt (Zurückstellung vom Schulbesuch, Klassenwiederholung, Abstieg aus einer höheren Schulform). Dass sich in

diesen Schulen Frustration, Resignation, negative Haltungen und Einflüsse gegenseitig verstärken, liegt auf der Hand.

Im bundesdeutschen Durchschnitt besuchen ungefähr 40 Prozent der SchülerInnen ohne deutschen Pass eine Hauptschule, aber nur ca. 16 Prozent der deutschen. Diese Durchschnittswerte stellen sich von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich dar und variieren zwischen Stadt und Land. Es gibt Hauptschulen, in denen so gut wie keine deutschsprachigen Kinder zu finden sind, so dass ein Erlernen der deutschen Sprache und eine Integration in die deutsche Gesellschaft auf größte Hindernisse stößt.

Wir fordern eine Stadtentwicklungsplanung, die Ghettobildung vorbeugt und auf eine angemessene soziale und sprachliche Mischung im Wohnquartier achtet. Auf keinen Fall dürfen jedoch Jugendhilfe- und Schulnetzplanung stadtplanerische Fehlentwicklungen noch verstärken. Schulen sind diejenigen Orte, an denen in staatlicher Verantwortung eine gezielte Integrationspolitik möglich ist, die die gesamte junge Generation erfasst. Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Familienbildung müssen in diese Integrationspolitik einbezogen werden und mit den Schulen ein gemeinsames Konzept erarbeiten, das im Sinne des SGB VIII die Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in den Mittelpunkt der Planungen stellt. Es geht um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, um die Integration des (bildungs-)armen Teils der Bevölkerung, gleichgültig ob deutscher oder nicht deutscher Herkunft.

5. Deutschland muss umdenken: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Integration ist ein Prozess auf Gegenseitigkeit. Nicht nur MigrantInnen müssen integrationsbereit sein. Auch die deutsche Bevölkerung und Politik muss bereit sein, ihren neuen Mitbürgern mit Respekt zu begegnen und ihre Integration in ihrem neuen Umfeld zu unterstützen.

Konservative Politiker verwechseln vielfach Integration und Assimilation. In bornierter Überschätzung einer vermeintlichen „deutschen Leitkultur“ wollen sie Assimilation erzwingen und erwarten von der Migrationsbevölkerung die vollständige Aufgabe ihrer Kultur. Zu diesem Zweck pflegen konservative Politiker und Teile der Medien das Feindbild des aggressiven muslimischen männlichen Jugendlichen und schüren damit weiter fremdenfeindliche Stimmungen.

Assimilation kann jedoch nur freiwillig erfolgen. Erzwungene Assimilation ist integrationsfeindlich. Sie wird als Unterwerfungsversuch und als Feindseligkeit erlebt. Sie ist nicht Ziel führend und erreicht eher das Gegenteil. Besonders zynisch ist die Forderung nach Assimilation gegenüber Migrantengruppen, die seit vielen Jahren keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben, dem Arbeitsverbot unterliegen und mit Abschiebung rechnen müssen, wie es beispielsweise bei vielen Familien der arabischstämmigen Kindern der Rütli-Schule der Fall ist.

Integration als Prozess auf Gegenseitigkeit setzt voraus, dass nicht nur MigrantInnen die deutsche Sprache erlernen und sich mit der deutschen Kultur beschäftigen, sondern dass sich auch deutsche Behörden, Schulen, Universitäten, die Wirtschaft sowie zivilgesellschaftliche Einrichtungen der Sprache und Kultur der MigrantInnen öffnen und sich für die Familiengeschichten der Einwanderer interessieren. In einer globalisierten Wirtschaft und angesichts immer stärkerer Europäisierung und Internationalisierung aller Lebensverhältnisse muss Deutschland den Wert kultureller und sprachlicher Vielfalt für die eigene Entwicklung erkennen und pflegen.

Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Deshalb fordern wir interkulturelle Bildung und Erziehung von Anfang an. Der Besuch der Kitas muss gebührenfrei sein, um alle Kinder zu erreichen. Interkulturelle Bildung muss Bestandteil jeder PädagogInnenausbildung sein und für die Ausbildung der ErzieherInnen in Kitas ebenso gelten wie für LehrerInnen aller Schulstufen und –formen und ihrer AusbilderInnen. Die Sprachen der MigrantInnen müssen sich in den Tageseinrichtungen für Kinder wieder finden und ordentliches Unterrichtsfach werden. PädagogInnen sollen Anreize erhalten, Sprachen der MigrantInnen zu erlernen. Junge Menschen mit Migrationsgeschichte sollen verstärkt für den Lehrerberuf geworben werden, damit längerfristig an jeder Bildungseinrichtung mindestens ein Pädagoge oder eine Pädagogin mit Migrationshintergrund beschäftigt werden kann. Dolmetscher müssen Bildungseinrichtungen jederzeit zur Verfügung stehen. Die Kontakte zwischen Bildungseinrichtungen und den Organisationen der Migrantenbevölkerung müssen intensiviert und durch zusätzliche personelle Ressourcen verstetigt werden. Verschärfte Sanktionen sind der falsche Weg. Vielmehr brauchen Kinder, Jugendliche und Familien mit Kindern in Schule und Ausbildung ein gesichertes Bleiberecht.

6. Das Erlernen der deutschen Sprache ist wichtig für das Berufsleben, für die Teilhabe an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen. Ungenügende Deutschkenntnisse dürfen jedoch nicht zur Ausgrenzung benutzt werden. Spracherwerb ist ein kontinuierlicher Prozess. Wir wenden uns deshalb scharf gegen reaktionäre Bestrebungen, die Zulassung zum Schulbesuch von einem bestandenen Sprachtest abhängig zu machen. Dies verstößt gegen das Recht auf Bildung und das Diskriminierungsverbot wie es im Grundgesetz und in internationalen Abkommen niedergelegt ist. Wir kritisieren zudem, dass Sprachfördermittel aus dem Garantiefond für Russlanddeutsche gekürzt und Ressourcen für muttersprachlichen Ergänzungsunterricht in andere Bereiche der Sprachförderung umgeschichtet wurden.

Wir fordern kontinuierliche Sprachförderung im Rahmen interkultureller Bildung als eine wichtige Aufgabe während des gesamten Bildungsprozesses. Kontinuierliche Sprachförderung muss auch deutschsprachige Kinder einbeziehen. Eltern spracharmer Kinder sollen am Spracherwerbsprozess ihrer Kinder durch vielfältige Angebote

teilhaben können. Sprachliche Förderung muss bereits frühzeitig in den Kitas beginnen, was entsprechend ausgebildete ErzieherInnen voraussetzt. Die Mittel für Sprachförderung müssen insgesamt deutlich erhöht werden.

7. Bildungseinrichtungen mit besonderen Problemen brauchen besondere Unterstützung. Jedem Schulaufsichtsbeamten zum Beispiel sind die Problemschulen seines Bezirks bekannt. Wenn Schulen nur noch unter Polizeischutz Sicherheit bieten können, ist das ein Hinweis für das Versagen eines gesamten Systems. Wenn einem Innenminister Schäuble nur noch der Ruf nach „hartem Durchgreifen“ und Polizeieinsatz einfällt, zeigt sich darin die Kapitulation der politischen Klasse vor den Problemen, die sie durch Stadtplanung und Schulpolitik selbst erzeugt. Die originäre Aufgabe von Politik und staatlicher Aufsicht muss es sein, dafür zu sorgen, dass das „Recht auf Bildung auf der Grundlage von Chancengleichheit“ wie es in der von Deutschland unterzeichneten Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen heißt, in jeder Bildungseinrichtung verwirklicht werden kann. Im Falle der Rütli-Schule z.B. muss der politischen Führung mangelnde Tatkraft vorgeworfen werden und dass sie nicht für eine problembewusste Schulaufsicht gesorgt hat.

Wir wollen Schulen als Orte des vertrauensvollen Zusammenlebens und –lernens und keinen Lernknast. Der Einsatz von Polizei muss die absolute Ausnahme bleiben und darf nicht – wie in manchen Schulen der USA – zum schulischen Alltag gehören. Wir verlangen stattdessen die enge präventive Zusammenarbeit zwischen Schulaufsicht und Jugendhilfe. Schulsozialarbeit gehört an jede Schule. SchulpsychologInnen müssen jederzeit erreichbar sein. Die jungen Menschen müssen in sinnvollen Projekten die Möglichkeit haben, aktiv in Konflikt- und Gewaltprävention zu werden, ihre Interessenschwerpunkte zu finden und die eigenen Fähigkeiten und Kräfte zu erproben. Zusammen mit anderen Professionen müssen sich die Schulen zu Bildungs- und Lernwerkstätten entwickeln. Die Lehrer, sozialpädagogische Fachkräfte, Handwerker, Künstler und Psychologen gestalten die Lern- und Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen im Stadtteil. Jugend-, Gesundheits- und Schulverwaltung müssen inhaltlich zusammenarbeiten und die Stadtteilarbeit ggf. gemeinsam mit dem Quartiersmanagement gestalten. Die staatlichen Stellen sind aufgefordert, für Problemschulen gemeinsam mit Wirtschaft, Kirchen, Gewerkschaften und Kulturschaffenden, ein soziales Netz zu knüpfen.

In den Punkten 1 bis 7 sind Kosten verursachende Forderungen und Vorschläge enthalten. Der Hinweis auf leere Staatskassen ist kein Argument und sollte erst gar nicht bemüht werden. Auch Krokodilstränen und Herumdoktern am System helfen nicht weiter. Wer rechnen kann, investiert rechtzeitig. Die notwendigen Investitionen in alle diese vorsorgenden Maßnahmen sind um ein Vielfaches geringer als die „Nachsorgekosten“ für Sozialaufwendungen, Haftanstalten und Psychiatrien.

I 012 René Vits und Kolleginnen und Kollegen

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen als Material an den Bundesvorstand

Kommunalen Wohnraum nutzen – sozialen Wohnungsbau sichern

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress stellt fest, dass die finanzielle Sanierung der Kommunen über den Verkauf ihrer Wohnungsbestände der falsche Weg ist, der mittelfristig mit erheblichen Belastungen für die Mieter der verkauften Wohnungen, aber auch der betroffenen Kommunen, verbunden sein wird.

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress appelliert deshalb an die Kommunen, kommunalen Wohnraum nicht aus Gründen der Haushaltssanierung zu verkaufen. Sollten kommunale Wohnungen verkauft werden, ist dies nur akzeptabel, wenn die erworbenen Rechte der Mieter auf Dauer gesichert werden. Als Käufer kommen deshalb primär Wohnungsbaugenossenschaften in Frage.

Daher fordert der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress von der Bundesregierung sowie von den Landesregierungen und Kommunen:

- **Die Wohnraumversorgung besonders für untere Einkommensgruppen dauerhaft!**
Der Bedarf an preiswerten Wohnungen wächst, weil schon jetzt Sozialverbindungen auslaufen und zu wenig Ersatz geschaffen wird. Die Anzahl der Menschen, die auf preiswerte Wohnungen angewiesen sind, steigt angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Reallohnrückgang. In Teilen der Bundesrepublik bestehen heute schon Probleme, für den Bezieher unterer und mittlerer Einkommen, geeigneten Wohnraum in guter Qualität zu finden. Hinzu kommt, dass der Wohnungsmarkt zu wenig auf die Erfordernisse des demografischen Wandels vorbereitet ist. Die Wohnraumversorgung ist deshalb auch zukünftig eine dauerhaft kommunale Aufgabe!
- **Die Steuerinstrumente für eine verantwortungsvolle Stadtentwicklung erhalten!**
Mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften besitzen die Städte und Gemeinden wertvolle Instrumente für die Wohnraumversorgung der Bevölkerung und für soziale und wirtschaftliche Kriterien entsprechende Stadtentwicklungspolitik. Durch die Belegungspolitik und die Weiterentwicklung der Siedlungsstrukturen können die Wohnungsgesellschaften in erheblichem Maße dazu beitragen, Großsiedlungen sozial zu stabilisieren und Wohnquartiere zukunftssicher zu machen. Ziel muss es sein, die Qualität des Wohnens, insbesondere in Ballungszentren, zu verbessern und die Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen voranzutreiben. Voraussetzung für eine solche Politik ist eine entsprechende sozial- und gesellschaftspolitische Orientierung, die privaten Investoren angesichts unterschiedlicher Interessenlagen nicht auferlegt werden kann.
- **Die Mieterinnen und Mieter nicht überfordern!**
Private Wohnungsgesellschaften sind an Versorgungsaufgaben und langfristigen sozialen Orientierungen naturgemäß nicht interessiert, weil im Fokus ihres Handelns relativ kurzfristige Renditeüberlegungen stehen. In der Folge von Privatisierungen werden mit zeitlicher Verzögerung in der Regel Mieten angehoben, Instandhaltungsaufwendungen reduziert und Personal abgebaut. Durch den Weiterverkauf privatisierten Wohnungseigentums entstehen problematische „Gemengelagen“, die nicht zur Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, besonders in Ballungszentren, beitragen. Der Kaufdruck auf Mieterinnen und Mieter wird beim Weiterverkauf privatisierter Kommunalwohnungen massiv erhöht, obwohl viele Mieter zum Kauf einer Wohnung aus materiellen Gründen nicht in der Lage sind.

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress fordert die DGB-Bezirke und DGB-Regionen auf, bei der Privatisierung kommunalen Wohnungseigentums in den Städten und Gemeinden zu überprüfen, ob ein gewerkschaftliches Engagement zur Abwehr von Privatisierungen sinnvoll und erforderlich ist. Dabei muss auch überdacht werden, ob plebiszitäre Elemente, wie Volksinitiativen oder Bürgerbegehren, sinnvoll und geeignet sind, um einer drohenden Privatisierung zu begegnen. Um Privatisierungen zu verhindern, wird die Zusammenarbeit mit Mieterorganisationen sowie den Berufsverbänden der Architekten angestrebt.

Der DGB-Bundesvorstand übernimmt die Koordinierung entsprechender Initiativen der DGB-Bezirke und DGB-Regionen.

I 013 DGB-Bundesvorstand und Kolleginnen und Kollegen

Beschluss des DGB-Kongresses:
Angenommen

EU-Dienstleistungsrichtlinie: Soziale Ausgewogenheit oder gnadenloser Wettbewerb?

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Seit mehr als 2 Jahren kämpfen die Gewerkschaften in der EU um eine sozial ausgewogene EU-Dienstleistungsrichtlinie. Unsere Erfolge sind deutlich sichtbar: Das Europäische Parlament hat in 1. Lesung im Februar 2006 grundsätzliche Korrekturen gefordert und die EU-Kommission musste wesentliche Änderungen an ihrem ursprünglichen Entwurf vornehmen. Dennoch sind die Ergebnisse noch nicht vollständig zufrieden stellend und der Gesetzgebungsprozess noch nicht abgeschlossen. Zudem findet die Auseinandersetzung um die Wahrung sozialer Interessen im Dienstleistungsbinnenmarkt aktuell auf einer Reihe weiterer Schauplätze statt, etwa den Kommissionsinitiativen zur Entsendung, Daseinsvorsorge oder zu den sozialen Dienstleistungen. Hier versucht die Kommission, ihre im Parlament einstweilen gescheiterten Pläne mit anderen Mitteln doch noch zu verwirklichen. Der gewerkschaftliche Druck muss für einen sozial gestalteten Binnenmarkt daher unvermindert aufrechterhalten werden.

Der DGB-Bundeskongress fordert die Bundesregierung auf, in den bevorstehenden Debatten im Wettbewerbsrat und im Europäischen Rat eindeutig Flagge zu zeigen, wie sie es im Koalitionsvertrag zugesagt hat.

Der DGB befürwortet einen Dienstleistungsbinnenmarkt mit harmonisierten Rahmenbedingungen, gemeinsamen Standards und transparenten Regelungen. Im Binnenmarkt für Dienstleistungen müssen die Regeln am Ort der Erbringung für alle gelten, Arbeitnehmerrechte dürfen nicht angetastet werden und ein hohes Niveau des Verbraucherschutzes muss erhalten bleiben. Die Regierungen müssen auf ihrem Territorium handlungsfähig bleiben und nicht von willkürlichen Eingriffen in ihre Souveränität beschränkt werden. Dies gilt besonders für die Dienste im allgemeinen öffentlichen Interesse, gleich ob mit oder ohne privatwirtschaftliche Komponente. Kontrollen schützen vor Missbrauch und damit die fairen Marktteilnehmer vor unlauterer Konkurrenz. Deshalb sind Kontrollen kein Hindernis, sondern Voraussetzung für einen gut funktionierenden Binnenmarkt.

Ein derart gestalteter Dienstleistungsbinnenmarkt ist Motor eines sozialen erweiterten Europa. In dieser Frage gibt es keinerlei Trennlinie zwischen Gewerkschaften aus den alten und den neuen Mitgliedstaaten.

Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte sowie die sozialen Sicherung müssen in vollem Umfang gewahrt werden:

Kollektive und individuelle Arbeitnehmerrechte müssen unabhängig vom Unternehmenssitz für alle Beschäftigten eines Landes gelten. Arbeits- und sozialrechtliche Fragen dürfen daher in der Dienstleistungsrichtlinie nicht geregelt werden. Der EU-Vertrag sieht hierfür eine eigene Rechtsgrundlage vor, die dem Ziel des sozialen Fortschritts und nicht dem Wettbewerb verpflichtet ist.

Um negative Auswirkungen durch die Dienstleistungsrichtlinie auszuschließen, müssen alle Fragen im Zusammenhang mit der Beziehung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus dem Geltungsbereich ausgeschlossen werden. In diesem Bereich hat es aufgrund des Engagements der Gewerkschaften und des EGB zwar wichtige Verbesserungen gegeben. Darüber hinaus fordert der DGB aber eine eindeutige Klarstellung der Ausnahme des kollektiven Arbeitsrechts. Das „Recht auf gewerkschaftliche Maßnahmen“ fehlt im geänderten Kommissionsvorschlag bei den Ausnahmen vom Arbeitsrecht, während es im Parlamentsbeschluss noch explizit erwähnt war.

Die Unterscheidung zwischen abhängig Beschäftigten und Selbständigen muss allein den Mitgliedstaaten obliegen, in denen die Dienstleistung erbracht wird. Die Kommission hat in ihrem geänderten Vorschlag die klare Linie des EP nicht in vollem Umfang übernommen, sondern vielmehr mit vagen Formulierungen Eingriffsmöglichkeiten im Einzelfall nicht ausgeschlossen.

Eine weitere Korrektur ist hinsichtlich der Ausnahme der Sozialgesetzgebung von der Richtlinie nötig. Die Kommission hat in Abweichung vom Parlamentsbeschluss lediglich die „Sozialversicherungsgesetzgebung in den Mitgliedstaaten im Hinblick auf Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/7125“ (Wanderarbeiter) von der Richtlinie ausgenommen und nicht die gesamte Sozialgesetzgebung der Mitgliedstaaten, wie vom Parlament vorgesehen. Der DGB fordert, die Sozialgesetzgebung vollständig und eindeutig von der Richtlinie auszunehmen.

Entsendung von Arbeitnehmern muss nach dem Arbeitsortprinzip geregelt werden:

Das Arbeitsortprinzip muss bei der Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen gewährleistet werden, dies muss auch für die gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertretung gelten.

Die Zuständigkeit der Zielländer bei der Durchführung der Kontrollen muss gewahrt bleiben. In diesem Bereich sind gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag wichtige Korrekturen erfolgt, aber der geänderte Kommissionsvorschlag fällt deutlich hinter den EP-Kompromiss zurück. Die Zielstaaten dürfen lediglich ihre eigenen nationalen Anforderungen kontrollieren und darüber hinaus grundsätzlich nur auf Anfragen der Herkunftsländer reagieren.

Zudem schränken die gegenüber dem Parlamentsbeschluss weitgehend neu eingefügten Artikel 33 bis 38 die Kontrollmöglichkeiten der Mitgliedstaaten, die in der von der Richtlinie ausgenommenen Entsenderichtlinie nicht explizit geregelt sind, gegenüber dem Parlamentsbeschluss deutlich ein. Selbst der Informationsaustausch über Insolvenzen und rechtswidrige Handlungen von Dienstleistern zwischen kooperationswilligen Mitgliedstaaten wird durch die Bestimmungen erschwert, so dass unseriösen Unternehmen eine jahrelange Weiterbetätigung zu Lasten von Beschäftigten, Verbrauchern, der Allgemeinheit und den rechtstreuen Mitbewerbern ermöglicht wird. Die Aufgabe der EU darf unserer Auffassung nach nicht darin bestehen, die grenzüberschreitende Betätigung von Wirtschaftskriminellen weiter zu erleichtern, statt diese endlich energischer als bisher zu bekämpfen. Hinzu kommt, dass die EU-Kommission mit den zusammen mit ihrem Änderungsvorschlag vorgelegten „Leitlinien zur Entsendung“ und der kaum verhüllten Drohung mit dem EuGH versucht, auch jenseits der Dienstleistungsrichtlinie Druck auf die Kontrollmöglichkeiten der Mitgliedstaaten bei der Arbeitnehmerentsendung auszuüben. Auch hiervon würden vor allem kriminelle Unternehmer profitieren.

Durch solche Vorschriften wird die Akzeptanz der EU bei den Bürgerinnen und Bürgern immer mehr in Frage gestellt. Demgegenüber fordert der DGB, dass eine effektive Kontrolle von ausländischen Unternehmen durch das Zielland gesichert bleiben muss, um die Umgehung von Auflagen und Regelungen zu verhindern und das Arbeitsortprinzip bei der Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durchzusetzen.

Grenzüberschreitende LeiharbeiterInnen müssen besser geschützt werden:

Die Tätigkeiten von Leiharbeitsunternehmen werden vom Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen werden. Damit gelten nationale Genehmigungserfordernisse auch weiterhin. Es muss aber klargestellt werden, dass dies auch für Fälle des konzerninternen Verleihs bzw. des Arbeitnehmerverleihs durch Firmen mit formal anderem Geschäftszweck als dem Arbeitnehmerverleih gilt, um eine Umgehung dieser Ausnahme zu verhindern. Es muss weiterhin sichergestellt werden, dass nicht nur die Tätigkeit von Leiharbeitern, sondern auch die Vorschriften für den Marktzugang von Leiharbeitsunternehmen von der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen werden, damit die Genehmigungserfordernisse und Anforderungen der Mitgliedstaaten an Leiharbeitsunternehmen erhalten bleiben und unseriöse Leiharbeitsanbieter erfolgreich bekämpft werden können.

Ungeregelt bleiben nach wie vor auch die Arbeitsbedingungen und der Schutz der Beschäftigten beim grenzüberschreitenden Einsatz. Der Rat hat bisher ein entsprechendes Richtlinienvorhaben blockiert. Nun scheint auch die Kommission ihre einstige Initiative fallen zu lassen. Der DGB-Bundeskongress fordert nachdrücklich die Schließung dieser Regelungslücke in einer eigenständigen europäischen Richtlinie.

Die Daseinsvorsorge ist für die Menschen da und kein Spielfeld kurzfristiger Profitinteressen:

Dienstleistungen von allgemeinem und allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAI/DAWI) sind ein substantieller Bestandteil des europäischen Gesellschafts- und Sozialmodells. Qualitativ hochwertige gemeinwohlorientierte Dienstleistungen müssen gegen einen schrankenlosen Wettbewerb gesichert werden. Nur so lässt sich ein wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt in der EU verwirklichen.

Der geänderte Kommissionsvorschlag ist an dieser Stelle enttäuschend. Eine Gesamtausnahme ließ sich schon im EP nicht durchsetzen. Dies zeigt sich eindeutig als Schwachstelle des EP-Kompromisses. Nun sind die Abgrenzung geschützter hoheitlicher Bereiche sowie die Aufrechterhaltung nationaler Anforderungen bei der Ausübung noch enger und diffuser geworden und bietet ein Einfallstor für weitere Liberalisierung und die Aufweichung von Standards. Dies gilt insbesondere für das Bildungswesen, aber auch die Ausnahme der sozialen Dienste ist unzureichend geblieben.

Das Recht der Mitgliedstaaten, die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse selbst zu definieren, hat die Kommission nicht übernommen. Problematisch ist auch die Wiedereinführung des Evaluierungsverfahrens von Genehmigungserfordernissen und nationalen Anforderungen an die Ausübung von Dienstleistungen, die nun auch die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betreffen.

Der DGB fordert einen wirksamen Schutz der Dienstleistungen von allgemeinem und allgemeinem wirtschaftlichen Interesse. Er fordert daher eine eigenständige Rahmenrichtlinie für gemeinwohlorientierte Dienste und unterstützt die hierzu wieder erstarkte Initiative der europäischen Gewerkschaften und der öffentlichen Arbeitgeberverbände.

Kein falsches Spiel mit der Niederlassungsfreiheit:

Ein unpräziser Niederlassungsbegriff führt dazu, dass über Briefkastenfirmen die Dienstleistungsfreiheit missbraucht und nationale Voraussetzungen für eine Unternehmenstätigkeit umgangen werden können. Die Dienstleistungsfreiheit soll allein dem Zweck dienen, vorübergehende Tätigkeiten in einem anderen EU-Land zu erleichtern. Eine dauerhafte Tätigkeit auf dem Markt eines anderen Mitgliedstaates sollte zur Einrichtung einer ordentlichen Niederlassung führen.

Die Kommission scheut diese Klarstellung. Im geänderten Vorschlag ist zwar eine Briefkastenfirma untersagt, bereits die Beauftragung einer Agentur wird aber als Niederlassung anerkannt. Einmal ist die Anmietung eines Büros eine Niederlassung, einmal lediglich das Recht des externen Dienstleisters. Die Wahlmöglichkeiten sind vielfältig und zeigen die einseitige Ausrichtung an Unternehmerinteressen. Der Missbrauch dieser Gestaltungsmöglichkeiten ist damit programmiert. Der DGB kritisiert diesen Vorschub für eine unfaire Standortkonkurrenz ohne Grenzen.

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie wird zum Prüfstein für ein soziales Europa

Der Kampf um die Änderungen an der Dienstleistungsrichtlinie wird immer mehr zum Prüfstein für ein soziales Europa. Es gibt sowohl Unterstützung im Lager der politischen Entscheidungsträger für die gewerkschaftlichen Forderungen als auch großes Beharrungsvermögen. Das Herkunftslandprinzip ist grundsätzlich gestrichen, aber dennoch ist auch der Kompromiss zum neuen Artikel 16 kein Durchbruch, Probleme bleiben bestehen. Nationale Anforderungen für die Ausübung von Dienstleistungen aus sozial- und verbraucherpolitischen Gründen sind ausdrücklich unerwünscht und verboten, obwohl selbst der Europäische Gerichtshof diese Gründe für die Geltung des Ziellandrechts für zulässig hält. Insbesondere der Kommission musste jede soziale Komponente hart abgerungen werden. Damit wurde die Dienstleistungsrichtlinie zum Symbol für eine Politik der EU gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

DGB und Gewerkschaften werden daher nicht nur bei der Dienstleistungsrichtlinie wachsam bleiben, sondern auf breiter Ebene und in vielen Einzelfragen für die sozialen Ziele in der Europäischen Union in die Offensive gehen.

EGB und DGB-Bundesvorstand werden aufgefordert, sich offensiv für die Durchsetzung dieser Ziele einzusetzen. Dazu müssen – wenn nötig – auf nationaler wie europäischer Ebene Aktionen ergriffen werden, um das Verhalten der Bundesregierung und der europäischen Institutionen im Sinne der genannten Ziele zu beeinflussen.

I 014 ver.di und Kolleginnen und Kollegen

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen in geänderter Fassung (Überschrift geändert)

Keine Verschlechterung beim Arbeits- und Gesundheitsschutz in der EU-Arbeitszeitrichtlinie

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für den Erhalt der bestehenden Regelungen der Arbeitszeitrichtlinie bei den anstehenden Beratungen im Ministerrat einzusetzen.
- Bereitschaftsdienst muss in vollem Umfang Arbeitszeit bleiben. Eine Aufspaltung in aktive und inaktive Zeit darf nicht erfolgen, da dies zur Verlängerung der Arbeitszeit insgesamt führt. Nur für besondere Branchen kann eine abweichende Definition von Bereitschaftsdienst durch Tarifvertrag zulässig sein.
- Die Möglichkeit zur Verlängerung der Arbeitszeit über die Höchstgrenzen der Richtlinie hinaus durch Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (opt-out) darf nicht weiter anwendbar sein.
- Die Ausdehnung des Ausgleichszeitraumes von Arbeitszeitkonten von 6 auf 12 Monate darf weiterhin nur durch Tarifverträge und nicht durch Gesetz erfolgen.

I 015 Susanne Stumpenhusen und Kolleginnen und Kollegen

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen

Keine Beteiligung deutscher Truppen an militärischen Handlungen gegen den Iran

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB-Bundeskongress wendet sich entschieden gegen eine militärische Intervention im Iran.

Es ist zu befürchten, dass ein militärisches Eingreifen eine weitere Eskalation in der Region auslösen wird.

Die Atompolitik des Irans lässt sich nur auf diplomatische Wege lösen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich nicht an einer militärischen Lösung – die derzeit von der US-Regierung in Aussicht gestellt wird – zu beteiligen, auch nicht im Rahmen von logistischer Hilfe.